



## Stellungnahme zur Resolution zum „Eckpunktepapier Strommarkt“ Rat vom 23.04.2015

---

Wie selbst die Indelandgesellschaft zugibt, handelt es sich bei dem Eckpunktepapier zuerst einmal nur um einen Vorschlag. Um so unverständlicher ist die Panikmache mit der Ankündigung, es werden insgesamt 100.000 Arbeitsplätze vernichtet. Diese Zahlen werden auch von neutralen Experten bezweifelt. So beziffert z.B. der Branchenverband Braunkohle die Summe aller Beschäftigten in Deutschland mit 21.406 Personen.

Bereits in der Vergangenheit war es gängige Praxis die Angst vor der Arbeitslosigkeit zu benutzen, um eigene Interessen durchzusetzen.

So schrieb z.B. das **Hamburger Abendblatt** über das Geschäftsjahr 1999/2000 von RWE: „Damit wird sich das Unternehmen in den nächsten vier Jahren von 30 Prozent seiner derzeit 16.000 Arbeitsplätzen trennen.“

Beim **WAZ.de** konnte man am 15.11.2013 lesen:

„Der Energiekonzern RWE baut in den kommenden drei Jahren nochmals 6.750 Jobs ab.“

### Warum wurde das „Eckpunktepapier Strommarkt“ erstellt?

Beim Gesamtstromverbrauch der EU liegt Deutschland an der Spitze, wobei sich der Pro-Kopf-Verbrauch im Mittelfeld bewegt. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass Deutschlands Hauptverbraucher die Industrie ist. Durch das Eckpunktepapier sollen der CO<sub>2</sub> Ausstoß reduziert und die Klimaziele der Bundesregierung erreicht werden. Was würde das für die Kohlekraftwerke bedeuten?

**Spiegel online** meint dazu:

„Fällig werden soll die neue Abgabe für Betreiber von Kraftwerken, die älter als 20 Jahre sind. Ein Freibetrag sei aber so hoch angesetzt, dass im Ergebnis 90 Prozent der fossilen Stromerzeugung den Klimabeitrag nicht leisten müssen.“

Auch wir fragen uns, was dieser Vorschlag überhaupt bringt, wenn fast niemand zur Kasse gebeten wird. Von einem Arbeitsplatzabbau im großen Stil kann dann ebenfalls keine Rede mehr sein.

### Werden wenigstens der CO<sub>2</sub>- und der Ausstoß von Schwermetallen minimiert?

Hierzu schreibt **Andree Böhling, Energie- Experte von Greenpeace**:

„Vier von fünf größten CO<sub>2</sub>-Emittenten in Europa sind laut EU-Kommission Braunkohlekraftwerke in Deutschland.“

Zum gleichen Thema sagte in einem **Spiegel.online Interview Prof. Schellhuber vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen** (kurz WBGU):

„Deutschland etwa peilt bis 2020 minus 40 % gegenüber 1990 an, 60 % wären aber angebracht, was einer Halbierung im Vergleich zu heute entspricht. Die Industrieländer stecken schon tief in der CO<sub>2</sub>-Insolvenz.“

Dies zeigt, dass auch in Deutschland noch dringender Handlungsbedarf besteht.

## **Gesundheit**

Eine heftige Diskussion ist auch über die Gesundheitsgefahren von Kohlekraftwerken entbrannt. In einer **europaweiten Studie von Health and Environment Alliance (HEAL)** sind Gutachter von 65 Organisationen aus 26 EU Ländern zu alarmierenden Ergebnissen gekommen:

Laut Studie sterben europaweit ca. 18.200 Menschen jährlich an den Folgen der Verschmutzung durch Kohlekraftwerke. In Deutschland sollen 2.722 vorzeitige Todesfälle, 1.280 chronische Bronchitis und 818 Krankenhauseinweisungen auf diese Verschmutzung zurückzuführen sein. Für Mensch und Umwelt könnte die Reduzierung von Kohlekraftwerke also ein Gewinn sein.

### **Von wem soll der fehlende Strom kommen, wenn die Kraftwerke abgeschaltet werden?**

Dazu schrieb **Die Welt** am 07.01.2014:

„Deutschland hat 2013 an acht von zehn Tagen mehr Strom exportiert als importiert.“

Zwischenzeitlich ist auch die Leistungskraft der regenerativen Energien gestiegen. Außerdem stehen z.B. in Bayern neue Gaskraftwerke zur Verfügung, die bisher nicht ans Netz angeschlossen wurden. Spitzenzeiten könnten hiermit abgedeckt werden.

### **Zum Schluss das liebe Geld**

Die entstehenden Kosten von Überschwemmungen, Dürren und Veränderungen infolge der Erderwärmung werden wieder von den Bürgern und nicht von den Industriekonzernen getragen. Laut offizieller Schätzung des **Klimasekretariats der Vereinten Nationen (UNFCCC)** betragen die Ausgaben ab 2030 jährlich zwischen 40 und 170 Milliarden Dollar.

### **Unser Fazit:**

**Das „Eckpunktepapier Strommarkt“ und die Resolution sind abzulehnen.**

- Die Resolution schürt mit „Vernichtung von Arbeitsplätzen“ nur Ängste.
- Sie versucht die Kosten für die CO2 Minderung vom Verursacher auf die Allgemeinheit abzuwälzen.

Die Forderung in der Resolution für den Erhalt von Arbeitsplätzen zu kämpfen, findet auch unsere Unterstützung. Nur dürfen von diesen Arbeitsplätzen keine Gefahren für Mensch und Umwelt ausgehen.

- Das Eckpunktepapier hat zu viele Ausnahmen und bringt keinen Beitrag zur CO2-Einsparung.
- Es hat keine Empfehlungen zum Einsparen von Strom und zur gerechten Verteilung der Kosten.

Sollte auch weiterhin das Thema „Klimaerwärmung“ so stiefmütterlich behandelt werden, so müssen auch die Bürger unserer Gemeinde neben den gesundheitlichen Gefahren mit großen finanziellen Belastungen, wie oben beschrieben, rechnen.